



HESSISCHER LANDTAG

24. 01. 2006

Kleine Anfrage

des Abg. Schäfer-Gümbel (SPD) vom 08.11.2005

betreffend Netzwerk Courage

und

Antwort

des Ministers des Innern und für Sport

Vorbemerkung des Fragestellers:

Das Netzwerk Courage versteht sich als Projekt, das eine demokratische Kultur fördern möchte, in der man nicht wegsieht, wenn Diskriminierung geschieht. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gehen an Schulen und führen Projekttag unter dem Titel "Für Demokratie Courage zeigen" durch.

Das Netzwerk Courage steht für die Ächtung von Rassismus und die Einforderung von Zivilcourage jedes Einzelnen. Fremdenfeindlichkeit, Nazis, gewalttätige Übergriffe von Rechten, Wahlerfolge rechtsextremer Parteien und jede Menge Stammtischparolen sind in Deutschland keine Seltenheit.

Seit dem 1. September 2001 wird das Projekt durch die Europäische Union und das Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend gefördert. Mit dieser und der Unterstützung weiterer Kooperationspartner ist das Netzwerk in allen fünf neuen Bundesländern aktiv. Seit diesem Jahr auch in Hessen.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit der Kultusministerin und der Sozialministerin wie folgt:

Frage 1. Hat die Landesregierung Kenntnis von diesem Netzwerk?

Der Landesregierung ist das Netzwerk für Demokratie und Courage bekannt. Hervorgegangen ist das gewerkschaftlich (DGB) mitgetragene Netzwerk für Demokratie und Courage aus dem sächsischen Projekt "Für Demokratie Courage zeigen". In dem 1998 entstandenen Projekt engagieren sich vor allem junge Leute auf ehrenamtlicher Basis. Das Ziel ist, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer in ein- oder mehrtägigen Projekttagen zum Nachdenken anzuregen und nicht wegzusehen, wenn andere rassistisch und undemokratisch denken und handeln. Grundlage der Netzwerktätigkeit sind die Planung, Organisation und Durchführung von Projekttagen. Das Netzwerk will Mut für demokratisches Handeln ausstrahlen sowie eine demokratische Kultur schaffen und unterstützen, an der sich die Menschen aktiv beteiligen können.

Frage 2. Wenn ja, wie beurteilt die Landesregierung das Netzwerk Courage und seine Aktivitäten?

Die bundesweit bekannt gewordenen Aktivitäten und Kooperationen werden als sinnvolle Maßnahmen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus angesehen. Insofern unterstützt die Landesregierung den Slogan "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage", dem sich zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur angeschlossen haben.

Frage 3. Welche konkreten Projekte organisiert das Netzwerk Courage an welchen Schulen in Hessen?

Das Netzwerk Courage ist seit 2005 in Hessen vertreten. Aufgrund der Kürze der Zeit ist eine exakte Erhebung der durchgeführten Projekttag an hessischen Schulen bei den Staatlichen Schulämtern noch nicht durchgeführt worden. Nach eigenen Angaben des DGB-Jugendbüros Mittelhessen wurden ca. 50 bis 60 Projekttag an verschiedenen Schulen in Hessen durchgeführt.

Ein Projekttag umfasst insgesamt 6 Schulstunden. Es gibt insgesamt drei Module, die folgende Themen bearbeiten:

1. Stereotype,
2. Rassismus und Migration,
3. Jugendkulturen und Rechtsextremismus.

Frage 4. Wie viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unterstützen in Hessen das Engagement des Netzwerks?

Nach Angaben des DGB-Jugendbüros Mittelhessen werden die Projekttagge von ca. 40 bis 50 ausgebildeten "Teamerinnen und Teamern" durchgeführt.

Frage 5. In welcher Weise werden das Netzwerk Courage und seine Aktivitäten durch die Landesregierung unterstützt?

Um sich des Themas Gewaltprävention noch intensiver anzunehmen, hat die Landesregierung im Dezember 2002 den Aufbau eines landesweiten "Netzwerks gegen Gewalt" beschlossen.

Nach den Ereignissen von Erfurt wurde eine ressortübergreifende Projektgruppe unter gemeinsamer Federführung des Kultus- und Innenministeriums sowie unter Beteiligung des Justiz- und Sozialministeriums mit dem Ziel der Implementierung eines ressortübergreifenden hessenweiten "Netzwerks gegen Gewalt" eingerichtet. Ziele sind eine ressortübergreifende landesweite Koordination bestehender Projekte und Maßnahmen sowie eine institutionalisierte Zusammenarbeit der verschiedenen Präventionspartner.

In einem ersten Schritt hatte die Projektgruppe einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, dem die Hessische Landesregierung in ihrer Kabinettsitzung am 17. Dezember 2002 zugestimmt hat. Ziel der Maßnahmen ist, die Kooperation von Schulen, Staatlichen Schulämtern, Jugendämtern, Staatsanwaltschaften und Polizei im Bereich der Gewaltprävention in Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat und unter Einbindung von Elternvertretungen, Suchtberatung, kommunalen Präventionsgremien und örtlichen Sportvereinen landesweit zu intensivieren und zu institutionalisieren, um den Gewaltphänomenen unter jungen Menschen entschlossener begegnen zu können.

Die Projektgruppe "Netzwerk gegen Gewalt", die seit dem 1. Juli 2003 in eine auf Dauer eingerichtete Lenkungsgruppe überführt wurde, hat hierzu bereits mit der Umsetzung zahlreicher Maßnahmen begonnen.

So wurde zum 1. Juli 2003 ein gemeinsames Kompetenzzentrum "Geschäftsstelle Netzwerk gegen Gewalt" des Kultus- und des Innenressorts im Hessischen Landeskriminalamt eingerichtet. Die Geschäftsstelle ist mit einem Mitarbeiter aus dem Polizeivollzugsdienst sowie einer Mitarbeiterin aus dem Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministeriums besetzt, sodass beide Ressorts zu gleichen Teilen die dortigen Aufgaben für das "Netzwerk gegen Gewalt" wahrnehmen. Eine Zusammenarbeit in dieser Form hat es bislang noch nicht gegeben. Sie eröffnet für alle Beteiligten die Möglichkeit, schnell und unbürokratisch die Kompetenzen mehrerer Ressorts zu nutzen.

Die Geschäftsstelle ist eine Serviceeinrichtung, deren Kernaufgabe die Information, Beratung und Unterstützung der Netzwerkpartner vor Ort ist. Sie hat hierzu einen Informationspool (www.netzwerk-gegen-gewalt.de) über Projekte und Maßnahmen zur Gewaltprävention in Hessen eingerichtet, auf den alle Interessierten zurückgreifen und sich entsprechend beraten lassen können.

Über die Geschäftsstelle können gute Erfahrungen aus lokalen Projekten an alle Netzwerkpartner weitergegeben werden, sodass zum einen von guten Vorarbeiten anderer profitiert werden kann, zum anderen der Informationsaustausch untereinander systematisiert und damit auch erleichtert wird.

Im Rahmen von jährlich veranstalteten Fachtagungen zu Themen der Gewaltprävention werden konkrete Projekte vorgestellt und der fachliche Austausch zwischen Behörden und Institutionen gefördert und somit die interdisziplinäre Zusammenarbeit gestärkt.

2001 wurden unter Federführung des HMDI, Hessisches Landespolizeipräsidium, und unter Beteiligung des hessischen Justiz-, Kultus- und Sozialministeriums, des Hessischen Landeskriminalamtes und des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz entsprechend der Regierungserklärung Eckpunkte für das zwischenzeitlich als dauerhaft fortzuführende Programm "Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen" vereinbart.

Organisatorisch ist das Programm beim Landeskriminalamt angesiedelt. Zur organisatorischen und operativen Umsetzung des Projektes wurde eine Geschäftsstelle IKARus (Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus) eingerichtet und mit zwei Mitarbeitern besetzt. Die Geschäftsstelle nahm ihre Arbeit 2002 auf; seit Juli 2004 ist nach Entscheidung meines Hauses das Projekt auf Dauer als Programm angelegt.

Das Programm basiert auf einem Vier-Stufen-Modell:

- Zusammen mit den örtlichen Staatsschutzdienststellen werden Akteure der rechten Szene angesprochen.
- In den jeweiligen Schulklassen werden Projekte durchgeführt im Rahmen von Vorträgen, Diskussionen, Aufklärungskampagnen.
- Die Lehrer/Eltern erhalten Informationen über die Problematik "Rechts" in Form von Vorträgen/Lageinformationen.
- Einbindung der örtlichen Bürgermeister, Sozialarbeit, Vereine, Feuerwehren pp. in gemeinsame Informationsveranstaltungen.

Die Jugendkoordinatoren der Polizeibehörden wurden verstärkt in die Zusammenarbeit eingebunden. Die intensive Kooperation mit den Staatlichen Schulämtern wurde ausgeweitet.

Die Zusammenarbeit von IKARus mit den Schulen findet auf mehreren Ebenen statt. Neben einzelfallbezogenen Gesprächen mit Schulen, Eltern und Lehrern werden für Klassenverbände oder Projektgruppen Seminare zum Thema Rechtsextremismus sowie für Lehrer, Eltern und Schulvertreter auf regionale Gegebenheiten zugeschnittene Fortbildungsveranstaltungen angeboten.

Die Landesregierung betont die Wichtigkeit einer Kooperation des Netzwerks Courage mit dem hessischen "Netzwerk gegen Gewalt" und dem Programm "Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen".

Frage 6. Wenn es derzeit nicht unterstützt wird, welche Förderung ist seitens der Landesregierung vorstellbar?

Siehe Antwort zu Frage 5.

Es könnte eine Kooperation mit dem interministeriellen Programm "Ausstiegshilfen aus dem Rechtsextremismus" der Geschäftsstelle IKARus beim Hessischen Landeskriminalamt in Erwägung gezogen werden.

Wiesbaden, 12. Januar 2006

Volker Bouffier